

und auf deren Urtheil. — Kehnlich äußert sich ein Artikel der neuesten „Hamburger Nachrichten“, in welchem es u. A. heißt: „Der Liberalismus hat sich von der Schluppe, die er im vorigen Jahre erleben mußte, ziemlich wieder erholt; er erstarkt zusehends, während die Götter seiner damaligen Gegner in offeneren Deroute begriffen ist. Den Conservativen beginnt die Allianz mit den Clericalen aus gutem Grunde un bequem zu werden, während letztere auf die Rechte ebenso wenig gut zu sprechen sind, weil dieselbe es an dem nötigen Eifer, den Gang nach Comorra zu fördern, hat fehlen lassen, und was die deutsche Reichspartei betrifft, so hat es bei ihr des ganz besonders starken Bindemittels der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft bedurft, um ein zeitweiliges Zusammengehen mit dem Centrum zu ermöglichen. Diese Annäherung war so sehr ad hoc vorgenommen, daß sie ihren Zweck nicht 24 Stunden überdauern konnte. Reichspartei und Centrum lieben sich ungeheiß in dem nämlichen Sinne, wie sich Hund und Katze zueinander sind. Von der conservativ-clericalen Mehrheit wird also in der neuen Session vorerst keine Rede mehr sein können. Daß sie sich aus andern Anlässen neu bilde, scheint aber nicht zu bezweifeln zu sein. Gerade das Mittelalter ist eminent geeignet, eine Erneuerung dieser Freundschaft zu verhindern.“

— In höchstem Gegenstich zu solchem Optimismus äußert sich das heutige Morgenblatt der „Rationalen Zeitung“. Die Präsidentenwahl veranlaßt sie zu folgenden Bemerkungen: „Die Thronrede jenen inneren Schwung vermissen ließ, der unser nationales Leben durchziehen muß, soll ihm die rechte Kraft und Freigebigkeit werden, so soll auch der Präsidentenwahl jeder ernsthafte politische Gedanke. In wir möchten diese Wahl die Trauerzeit eines solchen Gedankens nennen. Man hat den Freiconservativen die Wahl eines Präsidenten aus ihrer Mitte angeboten, und um eines solchen Grundes halber verbündeten sie sich mit dem Centrum und den Conservativen zu einer Coalition, die die politische Physiognomie des Hauses wieder spiegeln soll. Wir unseinerseits haben durchaus kein Interesse daran, ob der Abgeordnete, welcher die Verhandlungen des Reichstags leitet, Graf Arnim-Bohnenburg oder v. Bennigsen heißt. Wir können, wenn wir uns auf den pessimistischen Standpunkt stellen, die Wechselseitigkeit nur begründen, mit welcher die conservativ-clericalen Coalition in solchem Vorgehen abzuweichen muß. Aber wir beklagen die traurige Verbindung, in welcher ein Fraktionsstreit, für den wir kein Verlangen haben, die Partei des Centrums als die parlamentarisch maßgebende der Nation vor Augen stellt; wir beklagen es, daß die Aussichten des Reichstags heute schon bei Beginn der Session einen schweren Stoß erlitten haben. Es wird sich ja schnell genug erweisen, daß die Coalition, welche die heutigen Wahlen aufzehrte, nicht in der Lage ist, die thatsächlichen Aufgaben des Reichstags irgend zu erledigen. In allen irgendwie entscheidenden Fragen wird das Präsidium des Reichstags effectiv in der Luft stehen, wenn nicht diejenigen, welche demselben fremd gegenüberstehen, ihm ihre Unterstützung geben.“

Wir unseinerseits weisen schon heute die Verantwortung für die Folgen eines Verhaltens, welches damit beginnt, die liberale Seite in die Ecke zu drücken, zurück. Wir werden berechtigt sein, die Majorität von heute aufzufordern, nun auch ihrerseits die dem Reichstags vorliegenden Aufgaben zu erledigen, und wir können der Reichsregierung überlassen, sich mit dieser Mehrheit auseinanderzusetzen. Wie weit es der liberalen Seite des Hauses möglich sein wird, an der Erledigung der Geschäfte einen activen Antheil zu nehmen, ist bereits heute sehr zweifelhaft geworden. Wir werden abwarten, wie die so eingeleitete Session sich weiter entwickelt, der formellen Verantwortlichkeit für den Verlauf derselben sind wir entlastet. Und wir bekennen aufrichtig, daß in der gegenwärtigen Lage der Dinge dies für die liberale Seite entzogenen Präsidialbefehl und Präsidialpflichten einen ausreichenden Ersatz bildet.“

Die „Schlesische Zeitung“ hofft, daß mit den in der Thronrede gestellten Vorlagen die Reihe der dem Reichstags zu stellenden Aufgaben nicht als abgeschlossen zu betrachten ist, und fährt dann fort: „Insbesondere vermissen wir Vorlagen zur Correctur unserer Socialgesetzgebung, und vor Allem ein Strafgesetz gegen den Wucher. Nachdem der Reichstag selbst im vorigen Jahre einen erfolgversprechenden Versuch gemacht hat, das wucherische Treiben vor den Straf richter zu ziehen und es vor der öffentlichen Meinung als verächtlich zu brandmarken, und nachdem sich inzwischen in den obersten Richtungsinstanzen die Folgen dieses Treibens in sprechender Weise offenbart haben, hegen wir das feste Vertrauen, daß die Regierung nunmehr aus eigener Initiative energisch vor-

gehen wird.“ — Die „Leipziger Zeitung“ schreibt: „Die Thronrede enthält sich jeder wirtschaftlichen Prophezeiung, jeder Betrachtung auf eine bessere Zukunft, und sie thut unjener Erwünschtes wohl daran. Die Verhütung dazu lag ja allerdings nahe genug; denn es ist nicht zu bestreiten — die Consequenzen an der Waise liefern den Beweis dafür —, daß das Vertrauen auf kommende bessere Zeiten in Handelskreisen mit großer Stärke wieder erwacht ist, und daß diese Hoffnung auf einen neuen Aufschwung des Geschäftslebens, die Belebung des öffentlichen Vertrauens mit dem Zustandekommen der Reformen zusammenfällt, resp. ihr unmittelbar gefolgt ist. Trophem war es besser, hier die Thatsachen reden zu lassen und sich vor jeder regimintellen Schätzung des wirtschaftlichen Fortschritts zu hüten, da dieselbe leicht zu übertriebenen Hoffnungen und dadurch zur Belebung eines ungelunden Speculationsfiebers führen könnte. Die Gefahr, daß dieses Schweigen in pessimistischem Sinne gedeutet werden könnte, lag ja überdies nicht vor; auch der entgegengesetzte Wunschermann wird heute zu geben müssen, daß, auch wenn die in der vorigen Session angebahnte Wirtschaftsreform den Druck, welcher auf den gewerblichen Verhältnissen lastet, nur erst wenig erleichtert hat, die Geschäftslage und infolge derselben der Arbeitsmangel auf großen Gebieten noch fort dauert, sich doch ihre düsteren Vorhergungen in keiner Weise erfüllt haben. In sämtlichen Branchen mühen die Regierungen dieses Thema nicht; aber es entspricht dem öffentlichen Interesse und den Grund sätzen einer soliden Finanzverwaltung, wenn sie, anstatt mit unklaren Zukunftsbildern zu rechnen, sich streng auf dem Boden der Thatsachen stellen und von diesem aus die Lage erwägen. Eine solche Erwägung mußte denn freilich zu dem Ergebnis von der Nothwendigkeit neuer Steuern führen. Die Thronrede enthält dies, indem sie sich über weitere Einzelheiten enthält, offenbar aus keinem andern Grunde, als weil die Verhandlungen darüber noch in der Schwebe sind.“ — Der Rübnerberg „Correspondent“ von und für Deutschland“ schließt seine Betrachtungen mit den Worten: „Wären sich die Abgeordneten, die Vertreter des Volkes, stets und unter allen Partei- und Compromißverhältnissen klar bewußt bleiben, daß sie neben den Wünschen der Regierungen, wie sie in deren Vorlagen zum Ausdruck gebracht sind, auch die Rechte des Volkes und dessen Traglast wohl und mehr als je im Auge zu behalten haben.“

Auch die österreichischen Blätter beschäftigen sich in erster Linie mit der Thronrede zur Eröffnung des deutschen Reichstags. Die (alte) „Presse“ sagt, „mehr Steuern, mehr Schulden und mehr Soldaten, das ist aber Kräftigung des Reiches nach innen und die menschenmäßig größte Sicherstellung desselben wider die Gefahren einer Erschütterung von außen her“, das sei der knappe Inhalt der Thronrede, und findet es „bemerkenswerth, daß unter den gehaltenen Friedensversicherungen in den Schlußworten der Thronrede nicht auch besonders der freundschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland als einer der weiteren Friedensbedingungen gedacht worden ist.“ Man habe in Berlin, durch einen Hinweis auf das innige Einvernehmen mit Oesterreich das Vertrauen anderer Nachbarn zu steigern gesucht. Daß „dem Kaiser Alexander eine goldene Brücke zum Wieder eintritt in den Drei-Kaiser-Bund gespannt“ werde, sei augenfällig. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Jedenfalls hat Deutschland in der Thronrede sich freie Hand nach allen Richtungen hin gewahrt. Auch und gegenüber in handelspolitischer Beziehung. Die Thronrede wirft wohl einen Blick über den weiten Ocean, aber nicht über das Riesengebirge herüber zu uns Nachbarn. Sie gedenkt wohl des Handelsvertrages mit Romm; bezüglich anderer commercieller Verträge hat der Satz zu gelten, daß die im vorigen Jahre begonnene Reichsfinanzreform fortgesetzt“ werde. Fürst Bismarck macht eben nichts halb; er ist von keiner Beschränkung angekränkt und sein nächsterer Calcul frei von allen langjünglichen Voraussetzungen. Er ist und bleibt unser politischer Freund und Bundesgenosse, so lange seine politischen Interessen congruent sind mit den unsrigen. Das hindert ihn aber nicht, seine Reichsfinanzreform ohne uns fortzusetzen und eventual auch gegen uns.“ — Auch das „Neue Wiener Tagblatt“ meint, es wolle „einigermaßen befremdend, daß die deutsche Thronrede des größten Ereignisses des letzten Jahres, der Allianz mit Oesterreich, nicht mit einem Worte erwähnt“, und sagt weiter: „Es fällt das umso mehr auf, als die Vertreter der österreichischen Politik die Thronrede, sowie andere feierliche Anlässe benützt haben, um der Freundschaft zu Deutschland in feierlicher Weise Ausdruck zu verleihen, und wir dürfen

auch daran erinnern, daß diese österreichischen Kundgebungen in Berlin mit großer Freude begrüßt worden sind. Es bleibt uns jedoch der stille Trost, daß Oesterreich zu den „gleichgesinnten“ Staaten gehört und daß wir, nach der Wahrung der „Angelegenheit“, als gleichgesinnter Staat auch verpflichtet sind, unser Freundschaft zu erhöhen und unsere Rüstungen zu verstärken. Ob dazu auch die Befestigung Wiens gehört, mag vorläufig unentschieden bleiben.“ — Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Die Zuversicht, daß Deutschland in seinen Bemühungen, den Frieden zu erhalten, auf keinen Fall allein steht, bietet dem deutschen Volke eine erhöhte Bürgschaft dafür, daß die Opfer, zu welchen es neuerdings gezwungen wird, wirklich zur Befestigung des Friedens gebracht werden.“ — Die „Vorstadt-Zeitung“ und das „Extra-Blatt“, finden, daß die „orientalischen“ Friedensbestrebungen mit den sonstigen Inhalten der Thronrede eingermessen kontrastieren. — Die „Morgenpost“ reamirt ihre Ansicht von dem Sinne und dem Programme der deutschen Thronrede in die Worte: „Reaction und Militarismus.“

Von den französischen Journalen, welche sich bereits mit der deutschen Thronrede beschäftigt, erwähnen wir zunächst den „Figaro“, der die friedliche Bedeutung derselben stark hervorhebt. Gleichzeitig macht er aber gegen den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Front, in welchem der aufsteigende Ton der französischen Organe hinsichtlich der Verweigerung des deutschen Anwergebudgets betont wurde, und fordert die französische Presse auf, ohne Meinungsunterschied dagegen zu protestieren. — Die „France“ und die „Estafette“ wollen ebenfalls nicht gelten lassen, daß die französische Presse irgend einen Grund gegeben habe, an die Möglichkeit kriegerischer Absichten von Seiten Frankreichs zu glauben. — Der „Globe“ schreibt: „Zwei wichtige Erklärungen charakterisieren diese Rede. Zunächst ist es die Versicherung des Deutschen Kaisers, durch welche er seinen Wunsch nach Frieden bekundet. Wir wünschen leicht, daß bei dem gegenwärtigen Zustande der Gemüther Deutschland keinen Krieg ansuchen will, der die vier Ecken Europas in Brand setzen würde und dessen erstes Opfer Deutschland wäre, selbst im Falle, daß es siegreich aus demselben hervorginge. Ganz frühe Beispiele haben dargelegt, daß es nicht genügt, Schlachten zu gewinnen, um die Angelegenheiten seines Landes gedeihen zu lassen. Der zweite Punkt, der aus der Rede des Kaisers sich ergibt, ist, daß Deutschland, um den Frieden zu wollen, nicht darauf verzichtet, seine Militärmacht zu vergrößern, ohne Zweifel dem alten Sprichworte gemäß: si vis pacem, para bellum. Wir sehen noch nicht voraus, wie der Reichstag die Projekte aufnehmen wird, welche die Regierung ihm zu unterbreiten beabsichtigt und die darauf abzielen, den Effectivbestand, sowie die Zahl der Regimenter zu vergrößern. Wird er sie ablehnen und sagen, daß in dem Augenblicke, wo die Regierung ihre friedlichen Gesinnungen verkündigt, es unnötig sei, die erdrückenden Lasten des Kriegsbudgets zu vergrößern, oder wird er sie im Gegentheil, vertrauensvoll auf die friedlichen Versicherungen des Kaisers, genehmigen? Sei es, wie dem wolle, die Erklärungen der Thronrede genügen uns. Wir sehen, daß Deutschland den Frieden will, nicht nur weil der Kaiser dieses feierlich erklärt hat, sondern auch, weil es sein größtes Interesse ist, ihn zu wollen und aufrecht zu erhalten.“

Tagesgeschichte.

Berlin, 13. Februar. In der heutigen (2.) Sitzung des Reichstags wurden bei der Wahl des Präsidenten im Ganzen 265 Stimmzettel abgegeben. Von denselben waren 21 unbeschrieben. Von den gültig abgegebenen 244 Stimmzetteln lauteten 154 auf den Abg. Grafen Arnim-Bohnenburg, 89 auf den Abg. v. Bennigsen, 1 auf den Abg. v. Jordanen. Oesterreich, somit gewählt, nimmt die Wahl an, und das Haus schreitet dann zur Wahl des ersten Vizepräsidenten. Bei dieser Wahl wurden 256 Zettel abgegeben, darunter 92 unbeschriebene. Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt 164, die sämtlich auf den Abg. Frhr. v. Franckenstein fallen. Bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten wurden abgegeben 231 Zettel, unter ihnen 81 unbeschriebene. Die übrigen 149 gültigen Stimmen fallen auf den Abg. v. Hüder, der mithin zum zweiten Vizepräsidenten erwählt ist. Da derselbe nicht im Hause anwesend ist, so wird demselben von dem Ausfall der Wahl Kenntniß gegeben werden. Zu Schriftführern werden auf Antrag des Abg. Dr. Windthorst durch Acclamation berufen die Abgg. Richter (Weihen), Blum, Klügmann, Bernards, Frhr. v. merico 91 874, Ullrich 86 786, Washington 23 955, endlich Wöpping 9118 Seelen.

Als Ergänzung zu dem „Reisefaden der alten Geographie von Heinrich Riepert“ kann der eben ausgegebene „Historische Schulatlas“ zur alten, mittleren und neueren Geschichte in 36 Karten, bearbeitet von Heinrich Riepert und Karl Wolf“ (Berlin bei D. Reimer) angesehen werden. In 12 Karten sind jeder der 3 Perioden gewidmet; die 12 ersten zur alten Geschichte zählen von H. Riepert, die übrigen von K. Wolf her. Es ist eine Reihe von Tafeln, wie sie so sauber, klar und vollständig in Inhalt und Aussehen selten zu finden sind. Besonders Interesse erregen die Karten, welche das ägyptische, assyrische, medische, lydische Reich, die Diadochenzeit, das Gebiet von Karthago, die mongolischen Reiche, die Entdeckungen der europäischen Seefahrer in 15. und 16. Jahrhundert u. v. a. m. vorführen. Auf wenigen Blättern ein Compendium der historischen Geographie, wie es auch durch Zuverlässigkeit und Ausstattung erfreut.

Die die „Frankf. Zig.“ erzählt, stellt Director Pollini in Hamburg für nächsten Sommer eine französische Gesellschaft zusammen, um mit derselben in Deutschland größere Ensemblespiele zu absolvieren. Wie es heißt, wird die oft genannte Jodie sich der Gesellschaft anschließen. Dr. Pollini, der sich vielfach als sehr speculativer Improvisator bekannt gemacht hat, wird dadurch die wahren Freunde der Schauspielkunst wenig erfreuen. Solche „zusammengebrachte“ französische Gesellschaften geben durch ihre

Sobes, Graf v. Kleist (Schmerzin), Widmann und Gylloft. Zu Quästoren beruft der Präsident die Abgg. Kochmann und Dr. Weber. Damit ist die Constatirung des Reichstags erfolgt; der Präsident wird Sr. Majestät dem Kaiser die pflichtmäßige Anzeige erstatten. — In seiner heutigen Sitzung erledigte das Herrenhaus ohne Discussion die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung der §§ 9 und 12 des Gesetzes über die Auflösung des Lehnverbandes in den Provinzen Sachsen und Brandenburg, sowie betreffend den Verkauf der Homburger Bahn. In der Generaldiscussion über den Gesetzentwurf, betreffend den Erwerb der rheinischen und der Berlin-Potsdam-Wagdeburger Eisenbahn, erklärte Staatsminister Wapbach infolge einer Anfrage des Oberbürgermeisters Becker (Düsseldorf), daß die Verwaltung sich nicht von den englischen fiscalischen Mächten habe leiten lassen, am wenigsten aber zu Maßregeln der Art greifen werde, die Production und den Abzug industrieller Unternehmungen des Staats durch Tarifermäßigungen vor privaten zu begünstigen. Ohne erhebliche Debatte wurde die Vorlage darauf mit großer Majorität genehmigt. — Im Abgeordnetenhaus wurde die Beratung des Cultusetat fortgesetzt. Das Capitel 122: Kunst und Wissenschaft, wurde zu Ende geführt. Bei Capitel 123, technisches Unterrichtsweesen, beantragte

Abg. Leuchner die Erziehung einer Dozenten-Schule für Bergbau an der technischen Hochschule, da die ein zehnjähriges Studium der Bergbau die Befähigung der praktischen Arbeit und der Interessen der Montanwirtschaft und Industrie durch die beiden Akademien Berlin und Clausthal in genügender Weise befriedigen werden.

Abg. Graf v. Bismarck sprach sich gegen die in der Vorlesung des Reichstags am 12. d. M. beschlossene Beschlüsse aus, welche in beiderseitiger Weise um die Beschäftigung der Bergwerkskassen an der Kaiserlichen Hochschule hinführen.

Das Haus entschied sich im Sinne dieser Beschlüsse. Den Dispositionsfonds zu Aufwendungen für technische Sammlungen u. s. w. wollte die Budgetcommission um 150000 M. erniedrigen. Abg. Graf v. Bismarck beantragte, die Position des Etats unverändert zu genehmigen. Dem Antrag schloßen sich die Abgg. Kall, Miquel und Dr. Strömann an.

Abg. Dr. Windthorst sprach sich gegen den Antrag der Commission aus, und sprach sich für die Erhaltung der Commission der Handwerker ein. Es wurde nicht zu einer Entscheidung gelangt, und auf die Abstimmung im Hause auf vertagtes Schreiben, lesen und Rechnen zu wenig geachtet.

Abg. v. Bennigsen sprach sich für den Antrag v. Bismarck aus. Regierungskommissar Geh. Rath Dr. Wehrenpennig tritt den Ausstellungen des Vorberaters entgegen. Das Ministerium des gemeinlichen Unterrichts hat sich über die Sache verhalten, welche im Sinne einer möglichen Concentration auf die Hochschule steht. Der Berliner Fortbildungsausschuss hat man über diesen Vorwurf nicht machen. Das Reich hat von großem Interesse für unsere Industrie. Der Ausnahm, den die englische Industrie in diesem Jahr haben gewonnen, hat die deutsche Industrie in diesem Jahr haben verloren. Die Unternehmungen sind in diesem Jahr haben verloren. Die Unternehmungen sind in diesem Jahr haben verloren.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Windthorst wird der Titel in der Regierungsvorlage bemittelt. Gelegentlich der Position: zur Beschäftigung der Reichlichen u. für die adäquale oder theilweise Aufhebung der Stolzgebühren, fährt

Abg. Dr. Bismarck (Weihen) sagte darüber, daß das immer kein Verstandesurtheil zur Regelung dieser Verhältnisse im Interesse der Kirche und der geistlichen Hochschulen sein sollte. Die entsprechende Resolution der Generalhose habe. Das ist ein Verstandesurtheil, wie es eine große Anzahl von geistlichen Männern in erweiterter Kammer mit dem Sinne sich befinden: die unabwehrliche Folge war, daß auch die andere Seite unter diesem Kampfe zu leiden hätte, denn das Gleichgewicht ist gewissermaßen als Kampfmittel gegen die eine Seite erhalten worden. Die nachträgliche Wirkung dieses Gesetzes äußert sich besonders darin, daß einseitig die Zahl der geistlichen Mitglieder des Reichstags abgenommen habe, andererseits aber auch die evangelische Kirche in ihrer inneren Organisation in vielen Fällen verstanden sei. In der evangelischen Kirche, die Vermögen in großem Umfange nicht besitzt, ist die übertragene Verwaltung der Kirchenvermögen auf den Weg von Stolzgebühren angewiesen. Auch das Reich habe aus in vielen Fällen die Kirche die Rechte der Stolzgebühren, die eine besondere Berücksichtigung für die Verwaltung der Kirche nicht fordert, auch die geistlichen zur unangenehmen Vermehrung der geistlichen Mitglieder. Es ist klar, daß bei dieser Auflösung der geistlichen Mitglieder der Reichstags die Kirche zu leiden hat, die ihnen zuletzte Vertheilung zu fordern. Sie würden hierdurch geradezu ihren Beruf entgegentreten und das kirchliche Leben, das sie zu erhalten haben, verlieren. Dem Bedenken liegen ein Beispiel folgender Fälle vor. An einem Orte wohnen 77 Familien, an einem anderen von 47, an einem dritten von 27 Familien u. s. w. unangenehm gemacht werden. Das ist keine Kirche, die vom Staate unterstützt werden; es ist das in einer großen Anzahl von Fällen ein Zustand eingetreten, der hauptsächlich die Erfüllung von geistlichen und kirchlichen Pflichten. Er nehme Beweissung, diese Sache dem Geiste

stehend, sowie Paul Meyerschm's (Berlin), Dirke. Die englische Galerie bezieht sich auf nicht weniger als 170 Delgemälde und 117 sehr schöne Aquarelle. Belgien hat bei seinen 60 Bildern des Genesisch sehr bevorzugt. Die französische Abtheilung ist reich an directen und indirecten Radiräten. E. de Beaumont's „Verklärung des heiligen Antonius“ erinnert ein wenig an Faust. Es ist viel Verklärung und wenig Heiligkeit in dem Bilde. Ernst und nobel ist ein Bild Hillemaier's, ein italienisches Mädchen darstellend, das mit verweifelnder Todesangst in ihren Händen vor der Leiche des in der Kirche Santa Reparata ermordeten Julian's von Rebecis kniet. Moreau de Tours's „Meditation“ stellt eine kleine, halb entkleidete Frau dar, Louis Ross's Marmorgruppe, „La muse d'André Chenier“, eine weibliche Figur, die den Leichenstein des genannten Dichters umarmt. „Der letzte Versuch“ von Louis Domey ist ein Salonbild im vollsten Sinne des Wortes. Eine Balladine im ersten Jauber der Jugend, aber ohne jedwede Idealisirung, und davor ein schwarz gekleideter, ebenso jugendlicher Canaliar, in dessen Hut man die Buchstaben L. P. liest.

Geographie. Die „Mail“ macht auf Grundlage möglichst gewissenhafter Erhebungen eine Uebersicht von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten bekannt. Interessant ist dabei das rapide Wachsthum, aber auch das Ergreifen, daß man die jährige Bevölkerungsziffer oftmals überschätzt hat. Die Statistik

folgende Scala: 1790: 3929827, 1800: 5305925, 1810: 7239914, 1820: 9638131, 1830: 12866020, 1840: 17069453, 1850: 23191876, 1860: 31443221, 1870: 38558371, 1880: 50858000 Seelen. Zwischen 1790 und 1860 betrug die Vermehrung 32 bis 36 Procent, zwischen 1860 und 1870 aber (also in den Kriegsjahren) nur 22 1/2 Procent. Bemerkenswerth ist einerseits das außerordentliche schnelle Wachsthum der großen Städte, andererseits die Wanderung der Bevölkerung nach dem Westen hin. 1860 zählte New-York 813 669, 1870: 942 212, jetzt über 1 Million Seelen. Während zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes (1776) Boston, Baltimore und Philadelphia nur 20 000 bis 30 000 Einwohner hatten, weisen sie nach der letzten Zählung 250 000, 267 000 und 674 000 auf. Chicago, am Anjange des Jahrhunderts noch ein kleines Dorf, und St. Louis, 1834 noch eine indianische Trapperstation, sind jetzt 300 000 Einwohner stark. Die anderen Städte über 100 000 sind: Cincinnati mit 216 000, New-Orleans mit 191 000, San Francisco mit 149 000, Buffalo mit 117 714, Washington mit 109 000, Newark mit 105 059 und Louisville mit 100 753 Seelen. Die Emigration der Bevölkerung nach Westen hin geht daraus hervor, daß 1800 deren Mittelpunkt im Meridian von Washington war, 1840 von Pittsburg, 1870 von Cincinnati, im nächsten Jahre vielleicht von Indianapolis. Die letzten statistischen Erhebungen ergaben in den westlichen Territorien folgende Piffern: Arizona 9658, Colorado 29 864, Columbia 131 700, Dakota 14 181, Idaho 14 999, Montana 20 595, Nea-